

Telefon: 233 - 92 430  
Telefax: 233 - 27 458

**Oberbürgermeister**  
Fachstelle für Demokratie -  
gegen Rechtsextremismus,  
Rassismus und Menschen-  
feindlichkeit  
FgR

#### **Unterstützung der Fachstelle für Demokratie**

##### **Verstärkung der Fachstelle für Demokratie**

**Antrag Nr. 14-20 / A 02245 von Herrn StR Christian Vorländer, Frau StRin Verena Dietl, Frau StRin Bettina Messinger, Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Marian Offman, Herrn StR Michael Kuffer vom 28.06.2016**

##### **Rechtsextreme Aktivitäten im Blick behalten**

**Antrag Nr. 14-20 / A 01718 von der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 19.01.2016**

**Aufstockung des Personals bei der Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit und der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus firm**

**Antrag 14-20 / B 02498 des Bezirksausschusses 03 - Maxvorstadt vom 14.06.2016**

**Mehr Personal für die Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit**

**BA-Antrag 14-20 / B 02169 des Bezirksausschusses 04 - Schwabing-West vom 16.03.2016**

**Ausbau der Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit**

**BA-Antrag 14-20 / B 02491 des Bezirksausschusses 09 - Neuhausen-Nymphenburg vom 17.05.2016**

**Personelle Aufstockung der Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit**

**BA-Antrag 14-20 / B 02492 des Bezirksausschusses 11 - Milbertshofen-Am Hart vom 08.06.2016**

**Mehr Personal für die Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit**

**BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02154 des Bezirksausschusses 12 - Schwabing-Freimann vom 15.03.2016**

**Bessere personelle und finanzielle Ausstattung für die Fachstelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit**

**BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02437 des Bezirksausschusses 15 - Trudering-Riem vom 19.05.2016**

Anlage

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06652**

**Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 21.09.2016 (VB)**

Öffentliche Sitzung

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>I. Vortrag des Referenten</b>	<b>3</b>
1. Zunahme von Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in München	3
1.1 Verstärkte Aktivitäten am rechten Rand	3
1.1.1 Die Rechte und der III. Weg	3
1.1.2 Identitäre Bewegung etabliert sich in München	4
1.1.3 Pegida München	4
1.2 Sicherheitsbehörden sehen deutliche Zunahme von extrem rechts motivierten Aktivitäten und Gewalt	5
1.3 BEFORE: Bereits erhebliche Fallzahlen bei der Beratung von Betroffenen rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung	6
1.4 Versammlungen - Präsenz der extremen Rechten im öffentlichen Raum nimmt zu	6
1.5 Hetze im Internet nimmt zu	7
1.6 52% aller Stadtteile bereits betroffen von rechtsextremen und rassistischen Aktivitäten	7
1.7 Religiöse Radikalisierung stellt neue Herausforderung dar	8
2. Darstellung des zusätzlichen Arbeitsaufwands im Kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit und der Stellenbedarfe	8
2.1 Zusätzlicher Arbeitsaufwand und Personalbedarf bei der FgR	9
2.1.1 Schaffung einer Vollzeitstelle bei der FgR für Stadtteilarbeit sowie weitere Koordinierung im Bereich der Prävention religiöser Radikalisierung	10
2.1.2 Aufstockung der juristischen Stelle bei der FgR auf eine ganze Stelle	15
2.2 Zuschusserhöhung für die firm	16
2.3 Stadtrats- und Bezirksausschussanträge	17
3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung	18
3.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit	18
3.2 Nutzen	18
3.3 Finanzierung	19
<b>II. Antrag des Referenten</b>	<b>20</b>
<b>III. Beschluss</b>	<b>21</b>

## I. Vortrag des Referenten

Festzustellen ist seit ca. Anfang 2015 eine deutliche Zunahme an rechtsextremen und rassistischen Aktivitäten in der Landeshauptstadt München:

- Steigerung in den **betroffenen Stadtteilen um 225% von 2014 auf 2015.**
- Steigerung der von der Polizei im Bereich der PMK-rechts registrierten **Gewalttaten um 62,5% von 2014 auf 2015.**
- das **Demonstrationsgeschehen von Rechts lag mit im Durchschnitt 230 Versammlungen pro Jahr zwischen 2013-2016 auf einem hohen Niveau.**

Dies bedeutet einen zunehmenden Arbeitsaufwand für das Kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit insgesamt.

Neben dem Bedarf, die deutlich gestiegenen Aktivitäten der extremen Rechten im Blick zu behalten und Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement der extremen Rechten zu unterstützen, ist auch eine Stärkung der präventiven Arbeit notwendig. Hier geht es insbesondere um die Arbeit für Menschenwürde und Demokratie. Um diesen Herausforderungen insgesamt gerecht werden zu können, bedarf es einer Stellenerhöhung bei der FgR und einer Zuschusserhöhung bei der firm.

### 1. Zunahme von Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in München

#### 1.1 Verstärkte Aktivitäten am rechten Rand

Die folgenden Darstellungen enthalten Einschätzungen der Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit (FgR) und der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus München (firm).

##### 1.1.1 Die Rechte und der III. Weg

Mit der Partei **Die Rechte** und der Partei **Der Dritte Weg** versuchten 2015 gleich zwei neonazistische Organisationen, unter Ausnutzung des Parteienprivilegs in Bayern und München Fuß zu fassen. Beide Gruppierungen richteten sich vornehmlich an die Kameradschaftsszene und ein neonazistisches, subkulturelles Milieu.

Die neonazistische und offen antisemitisch auftretende Partei „Die Rechte“ versuchte 2015 verstärkt durch Provokationen aufzufallen. Neben Kundgebungen, unter anderem vor dem Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße für einen Angeklagten des NSU-Prozesses, organisierte „Die Rechte“ auch „Verteilaktionen“ von Aufklebern und Flugblättern an mehreren Münchner Schulen. Der Kreisverband München der Partei „Die Rechte“ verlinkte am 07.09.2015 auf seinem Facebook-Profil zu einem Lexikon-Bericht über Molotowcocktails und kommentierte seine Verlinkung mit der Aussage „Lesen und weiterbilden“. Mittlerweile konnte auf Betreiben der Fachstelle zumindest erreicht werden, dass dieses Profil durch Facebook abgeschaltet wurde.

Die im Herbst 2013 gegründete Partei „Der Dritte Weg“ dient als Auffangbecken für die wichtigsten Kader des im Juli 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“ (FNS). Diese personelle Kontinuität wurde zum Beispiel bei einer Kundgebung im Februar 2015 in München-Giesing deutlich. Bei der Versammlung unter dem Motto „Schluss mit dem Völkermord an uns Deutschen“ waren Anmelder, Versammlungsleiter und Redner jeweils ehemalige Kader des FNS. Inhaltlich richtet sich die Partei schwerpunktmäßig mit ihrer Propaganda und ihren Aktionen gegen Asylsuchende und deren Unterkünfte. Im Internet bietet der

„Dritte Weg“ einen Leitfaden zur Verhinderung von Asylsuchendenunterkünften in der Nachbarschaft zum Download an. Mehrfach führten Mitglieder des III. Weg 2015 und 2016 in München im Rahmen ihrer sog. „deutsche Winterhilfe“-Aktion Spendenaktionen an Obdachloseneinrichtungen im Stadtgebiet durch. Zudem wurden Heldengedenken abgehalten, eine Konferenz, eine Rechtsschulung, eine Stadtführung, eine Bürgerbefragung sowie zahlreiche Flugblattverteilaktionen im Stadtgebiet München durchgeführt.

### 1.1.2 Identitäre Bewegung etabliert sich in München

Daneben hat sich 2015 die **Identitäre Bewegung** (IB) in München als rechtsextremer Akteur etabliert. Die Identitäre Bewegung hat ihren Ursprung in Frankreich und trat im deutschsprachigen Raum zum ersten Mal im Herbst 2012 in Erscheinung. Sie propagiert das Konzept des Ethnopluralismus, nach dem Völker ihre Identität nur als ethnisch homogene Gemeinschaften ohne Vermischung mit anderen bewahren könnten. Vor allem agitiert die IB gegen eine angebliche Massenzuwanderung und Islamisierung, den Identitätsverlust des europäischen Kontinents und den demografischen Kollaps Deutschlands. Lange spielten sich die Aktivitäten bzw. die Selbstinszenierung hauptsächlich im Internet, in sozialen Netzwerken und bei Youtube ab oder man traf sich konspirativ zu einem Stammtisch in verschiedenen Münchner Gaststätten. Mittlerweile ist die Identitäre Bewegung verstärkt auf der Straße aktiv. Ende September 2015 stürmten zwei Identitäre mit einem Transparent gegen "Genderwahn" kurzfristig die Bühne des "AnderArt Festivals" am Odeonsplatz. Immer öfter trat die Identitäre Bewegung z. B. auch auf den wöchentlichen Demonstrationen von Pegida München auf, stellte einen Redner und lief sogar mit Transparent in den ersten Reihen mit. Unter dem Motto "Festung Europa: Macht die Grenzen dicht!" ist die Identitäre Bewegung ebenfalls sehr aktiv bei den rassistischen Demonstrationen gegen Flüchtlinge an der deutsch-österreichischen bzw. österreichisch-slowenischen Grenze. Hintergrund ist eine Kampagne mit dem Namen "Der große Austausch". Darin behauptet die Identitäre Bewegung, dass es einen von Politik und Medien vertuschten Plan gebe, die einheimische Bevölkerung durch Migrantinnen und Migranten auszutauschen. Inzwischen wird die IB in mehreren Bundesländern durch die Landesämter für Verfassungsschutz beobachtet, so auch in Bayern.

### 1.1.3 Pegida München

München erlebte mit den zahlreichen **Pegida**-Demonstrationen seit Anfang 2015 auch die massivsten Mobilisierungen durch die extreme Rechte seit dem 2. Weltkrieg. Die namensgebende "Islamisierung" ist schon längst nicht mehr das alleinige zentrale Thema bei Pegida. Man sieht sich zusätzlich bedroht durch einen angeblichen Zuwachs an Kriminalität durch Ausländer bzw. Flüchtlinge, die Zerstörung der nationalen Kultur durch Überfremdung und gesellschaftliche Pluralisierung, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die Politik, ihre Repräsentantinnen und die "Lügenpresse". Der Münchner Aufmarsch ist ein offizieller Ableger der Dresdner Pegida-Veranstaltungen. Lutz Bachmann und Tatjana Festerling reisten im Juli und September 2015 zur Unterstützung nach München an. Zuletzt trat Tatjana Festerling am 01.08.2016 im Rahmen einer Pegida-Versammlung in München auf.

Nach dem ersten Hype im Januar 2015 mit anfänglich bis zu 1.500 Protestierenden sahen viele die Bewegung, durch interne Querelen und Spaltungen geschwächt, bereits im Frühjahr letzten Jahres wieder am Verschwinden. Doch seitdem konnte sich Pegida München auf niedrigem Niveau stabilisieren. Mit der Teilnahme von Neonazis aus der Partei "Die Rechte", "Der Dritte Weg", NPD bzw. BIA, rechten Hooligans, u. a. der Brigade Giesing, oder Aktivisten der Identitären Bewegung hat man keinerlei Probleme. Diese laufen immer wieder auch in vorderster Reihe mit und geben Parolen wie "Frei! Sozial! National!" oder

"Es gibt kein Recht auf Volksverrat!" vor oder sind zum Teil als Ordner tätig, die vor allem versuchen, die Medienberichterstattung zu verhindern. Es ist nicht abzusehen, dass Pegida München in der nächsten Zeit einfach verschwinden wird. Diese Art von Protestplattform ist mittlerweile von hohem Interesse für unterschiedlichste Akteure der extremen Rechten geworden.

Auch die Israelitische Kultusgemeinde teilt diese Einschätzung in ihrer Analyse zur Expertenanhörung am 17.02.2016 im Stadtrat:

*„Kennzeichnend für die Ideologie, die diese Gruppierungen auf ihren Kundgebungen und über das Internet verbreiten, sind die Hetze gegen Muslime und muslimische Asylbewerber sowie Aufrufe zur Selbstjustiz und zum Systemumsturz. Der Einfluss der Rechtsextremisten auf die ideologische Ausrichtung von Pegida und Co. wird schon in den rassistischen Argumentationsmustern deutlich. Zudem finden sich in der Rhetorik NS-Anlehnungen wie „Lügenpresse“, „Volksverräter“ oder „Überfremdung“ im Sinne des nationalsozialistischen „zu starken Eindringens von Nichtdeutschen oder ‚Artfremden‘ in das deutsche Volk“. Des Weiteren ist die Pegida-Bewegung offen antisemitisch. Ohne Zweifel ist Antisemitismus essentieller Bestandteil, ein Wesenskern der rechtsextremen Gedankenwelt. Pegida macht da keine Ausnahme.*

*Immer wieder offenbaren Redner – und ernten dafür Jubel und Zustimmung – ihren Hass auf Juden, etwa unter dem Schlagwort „Hochfinanz“, oder schwadronieren über wüste Verschwörungstheorien. Bisweilen gezeigte Israelflaggen sind blanker Hohn und eine infame politische Instrumentalisierung des jüdischen Staates. Allerdings hat Protest aus der Pegida-Bewegung bereits dazu geführt, dass die Israel-Flagge immer seltener zu sehen ist, dafür immer öfter die Reichskriegsflagge und ähnliche Symbole.“*

## **1.2. Sicherheitsbehörden sehen deutliche Zunahme von extrem rechts motivierten Aktivitäten und Gewalt**

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht zeigt, dass großer Handlungsbedarf bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus besteht: So ist die Zahl der Übergriffe auf Asylunterkünften im Bundesgebiet 2015 auf ca. 1.000 Fälle gestiegen, über 800 davon waren rechtsextremistisch motiviert. In Bayern hat sich die Zahl im Vergleich zum Vorjahr mit über 60 Taten fast verdreifacht.

Die Zahl der rechtsextremen Straftaten ist im Jahr 2015 in Bayern um knapp 20 Prozent auf 2293 angestiegen und die Zahl der Gewalttaten von 66 auf 91 (Meldung im Münchner Merkur vom 11.04.2016). Der Polizeipräsident erläuterte zur Situation in München bei der Stadtratsanhörung im Februar 2016:

*„Im Jahr 2015 wurden 433 rechtsmotivierte Straftaten durch uns erfasst. Das sind 16 mehr als im Jahr 2014. Es handelt sich insgesamt um 213 Propagandadelikte, 183 Straftaten wie Volksverhetzung, Bedrohung, Sachbeschädigung und 39 Gewaltdelikte gegenüber 24 Gewaltdelikten im Jahr 2014. 144 Fälle wurden als fremdenfeindlich und 24 Delikte als antisemitisch bewertet und eingeschätzt.“*

**Bei den rechts-motivierten Gewaltdelikten ist für München somit eine Steigerung um 62,5% von 2014 auf 2015 zu verzeichnen.**

Im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften verzeichnete das PP München 13 Vorfälle und Straftaten in 2015. Dabei handelte es sich überwiegend um Sachbeschädigungen an Baustelleneinrichtungen und ähnliche Taten. Der Polizeipräsident erläuterte:

*„Es handelt sich um Sachbeschädigung, das Einschlagen einer Scheibe bei einer Wohngruppe, Hausfriedensbruch, unbefugtes Betreten der Asylunterkunft durch Personen der rechten Szene, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten auf einer Baustelle, Besprühen von Fahrzeugen und Baumaterial (mit dem Wort "Schande") auf einer*

*Baustelle, wo künftig eine Asylbewerberunterkunft stehen soll, Sachbeschädigung durch Schmiererei, versuchte gefährliche Körperverletzung und Volksverhetzung (ein Asylbewerber wurde nach dem Besuch einer Diskothek bis nach Hause verfolgt und dann angegangen), Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit einer Asylbewerberunterkunft (am hinteren Eingang wurde mit einem Stift "Fuck Islam" geschrieben), Sachbeschädigung an einem KFZ (Baufahrzeug), Sachbeschädigung Baustellenfahrzeug, wieder Sachbeschädigung Baustellenfahrzeug, Sachbeschädigung Maschendrahtzaun auf einer Baustelle.“*

Im Verfassungsschutzbericht 2015 ist einer der Fälle ausführlicher geschildert:  
*„Am 3. Oktober verfolgt, beleidigte und bedrängte ein 21-jähriger, stark alkoholisierter Mann, einen Asylbewerber in München. Als dieser sich in seine Unterkunft flüchtete, trat der 21jährige mit dem Fuß gegen die Türe. Nachdem er vom Sicherheitsdienst des Hauses verwiesen worden war, schrie er ausländerfeindliche Parolen. Als einer der Sicherheitsleute das Fenster zum Büro im Erdgeschoss öffnete, warf der Täter einen Stein durch das Fenster, traf dabei aber niemanden“* (Verfassungsschutzbericht Bayern 2015, S. 94).

Seit Ende 2015 ist Pegida München offiziell Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz. Bei Pegida-München e.V. wirken laut LfV im Vorstand sowohl Personen aus der rechtsextremistischen wie der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene mit. Zu den beobachteten PEGIDA-Ablegern heißt es allgemein auf Seite 149 im Verfassungsschutzbericht 2015:

*„Kennzeichnend für die Ideologie, die diese Gruppierungen auf ihren Kundgebungen und über das Internet verbreiten, sind die Hetze gegen Muslime und muslimische Asylbewerber sowie Aufrufe zur Selbstjustiz. Insoweit Rechtsextremisten Einfluss auf die ideologische Ausrichtung der Gruppierungen haben, finden sich auch rassistische Argumentationsmuster wie die Unterstellung eines angeblichen Bevölkerungsaustauschs.“*

### **1.3 BEFORE: Bereits erhebliche Fallzahlen bei der Beratung von Betroffenen rechts-extremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung**

Mitte März 2016 hat die Beratungsstelle BEFORE offiziell ihre Arbeit aufgenommen. Schon nach einem Monat hatte BEFORE eine Reihe von Fällen in Beratung, die darauf schließen lassen, dass es ein erhebliches Ausmaß an Diskriminierung und rechter Gewalt auch in München gibt. Bislang wurden aus den an BEFORE gemeldeten Vorfällen und Sachverhalten über 30 Fälle dokumentiert und zur Beratung angenommen (davon ungefähr die Hälfte im Bereich rechte Gewalt und die andere Hälfte im Bereich Diskriminierung).

### **1.4 Versammlungen - Präsenz der extremen Rechten im öffentlichen Raum nimmt zu**

Die bei der LHM registrierten Versammlungen und Infostände der extremen Rechten zeigen ebenfalls eine erhebliche Präsenz an rassistischen und extrem rechten Aktivitäten Ende 2015 / Anfang 2016.

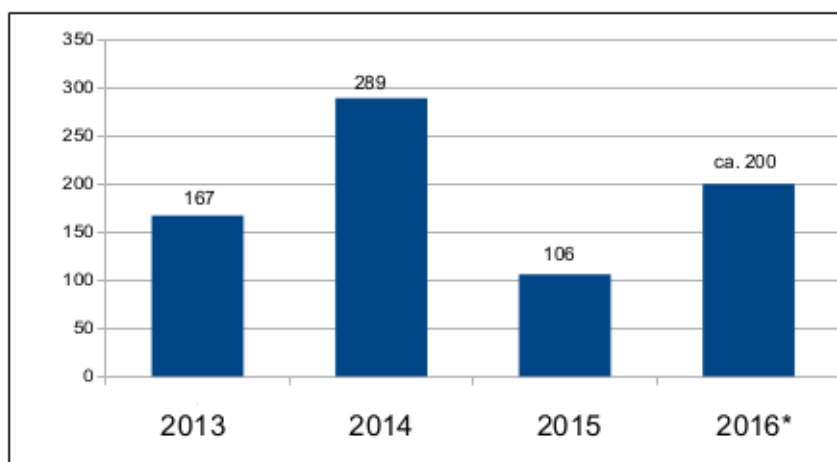
2013: 132 Versammlungen und 35 Infostände (=167)

2014: 130 Versammlungen und 159 Infostände (wegen Bürgerbegehren) (= 289)

2015: 101 Versammlungen (40 fortbewegende Versammlungen) und  
5 Informationsstände (=106)

2016: (Stand Mitte Mai) 91 Versammlungen! (geschätzt ca. 200 für das Jahr 2016)





\*Vorläufige Schätzung. Zum Stichtag 15.05.2016 wurden bereits 90 Veranstaltungen (Versammlungen oder Infostände) im Stadtgebiet durchgeführt

2013	2014	2015	2016
167	289	106	ca. 200
+ 73 % Steigerung		- 63,25 % Senkung	
		+ 89 % Steigerung	

Im Schnitt der 4 Jahre 2013-2016 gab es somit pro Jahr 230 Versammlungen oder Infostände der Szene. Für 2016 ist abermals mit einem sehr hohen Niveau im Bereich des Versammlungsgeschehens der extremen Rechten zu rechnen.

### 1.5 Hetze im Internet nimmt zu

Auf diversen Facebook-Profilen aus dem Umkreis von Pegida München, von angeblichen „Bürgerinitiativen“ gegen „Asylantenheime“ und der rechtsextremen Szene nahestehenden Angeboten wird nicht nur gegen den Oberbürgermeister und die Stadt München gehetzt, es werden zum Teil auch Personen diffamiert, die sich aktiv gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Bestrebungen in München einsetzen, u.a. auch BA-Beauftragte gegen Rechtsextremismus. Mehr oder weniger direkte Drohungen werden ausgesprochen und letztlich wird versucht, Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein tolerantes und friedliches Miteinander einsetzen, einzuschüchtern und zur Aufgabe ihrer Aktivitäten zu zwingen. Zumindest in einem Fall sind diesen virtuellen Drohungen auch bereits durch reale Taten im Sinne von Beleidigungen und Bedrohungen umgesetzt worden.

### 1.6 52% aller Stadtteile bereits betroffen von rechtsextremen und rassistischen Aktivitäten

Nach einer ersten Recherche waren von Anfang 2015 bis Anfang Februar 2016 in München mindestens 13 Stadtteile von rechtsextremen oder organisierten rassistischen Aktivitäten betroffen (2014 etwa 4), dazu noch verschiedene Orte im Landkreis München. Die Aktivitäten reichen von Nachbarschaftsklagen, Online-Petitionen, geplanten Bürgerbegehren, Unterschriftensammlungen und Protestschreiben mit jeweils mehr oder weniger rassistischer Argumentation über Hassmails an Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung bis zu aggressiven rassistischen Redebeiträgen bei Infoveranstaltungen,

Verteilung anonymer Hetzflugblätter, offenen Verteilungen vor Bürgerversammlungen und sogar einer neonazistischen Wortergreifung bei einer Bezirksausschusssitzung. Aufgrund möglicher rechter Mobilisierungen und der Verbreitung falscher Informationen wurde in Laim für eine Bezirksausschusssitzung Polizeischutz notwendig. Es finden neonazistische Kundgebungen statt und es kommt zu direkten Angriffen auf Unterkünfte bzw. Baustellen mit Schmierereien, eingeschlagenen Fenstern und Sachbeschädigungen an Zäunen und Baugeräten. Im Falle der im Bau befindlichen Asylunterkunft in der Neuherbergstraße konnte ein geplanter Brandanschlag verhindert werden. Auf Grundlage dieser Erhebung ergibt sich eine **Steigerung der Zahl der betroffenen Stadtteile um 225% von 2014 auf 2015.**

### **1.7 Religiöse Radikalisierung stellt neue Herausforderung dar**

Aufgrund von Parallelen im Bereich des Menschenbildes von Rechtsextremen und extremistischen Islamisten befasst sich auch das städtische Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit mit dem Thema. Im Kern gemeinsam ist ihnen ein binäres Menschenbild: Gut (richtige „Volkszugehörigkeit“, richtiger „Glaube“) vs. minderwertig. Die Abwertungsmechanismen sind in beiden Fällen rassistisch: Menschen werden auf ein Merkmal festgelegt, in Gruppen eingeteilt und diese Gruppen (und damit auch die einzelnen Menschen) werden als „höher“- oder „minderwertig“ eingestuft.

Stellen aus dem kommunalen Netzwerk erhalten immer wieder Anfragen aus verschiedenen Einrichtungen zum Themenkomplex religiöse Radikalisierung. Meistens ist eine große Verunsicherung Grundlage für derartige Anfragen. Hier gilt es den hohen Informationsbedarf zu bedienen und im Austausch mit pädagogisch versiertem Personal und ggf. Sicherheitsbehörden zügig eine Sachverhaltsklärung in Einzelfällen herbeizuführen.

Es wurden aus dem Kommunalen Netzwerk heraus bislang bereits über 10 öffentliche Informations- und Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Weitere Veranstaltungen sind laufend in Planung. Zusätzlich werden – insbesondere vom Stadtjugendamt (Stelle politische Jugendbildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus) und der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik sowie den Demokratietrainern „Pastinaken“ - laufend Angebote in Einrichtungen, Schulen, Arbeitskreisen und Teams durchgeführt. Der Fokus liegt hier insbesondere bei der Aufklärung über Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen. Gleichzeitig soll die Verunsicherung genommen werden, um pädagogisches Handeln in den Vordergrund zu stellen.

## **2. Darstellung des zusätzlichen Arbeitsaufwands im Kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit und der Stellenbedarfe**

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit der Landeshauptstadt München wurde – ebenso wie andere Stellen im Kommunalen Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – mit dem Stadtratsbeschluss von 2008 eingerichtet. Die Fachstelle berät den Oberbürgermeister und den Stadtrat, koordiniert das städtische Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die Stelle sorgt für die Vernetzung von Zivilgesellschaft und Verwaltung und vertritt die Stadt bei diesen Themen nach Außen.

Dabei geht es sowohl um die Koordinierung verschiedener Akteure bei konkreten Anlässen (z. B. bei rechtsextremen Versammlungen oder einer rechtsextremen Wurfsendung), als auch um die Arbeit für die Nachhaltigkeit demokratischer Werte in der Münchner Stadtgesellschaft. Hauptaufgabe der Fachstelle ist es, sämtliche demokratischen Kräfte in



München, die sich bereits gegen demokratiefeindliche Tendenzen engagieren, zu bündeln, weiter zu vernetzen und zu stärken. Eine demokratische Stadtgesellschaft stellt langfristig den besten Schutz gegen Rechtsextremismus, Rassismus sowie verschiedene weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar. Die Kommune – ihre Handlungsbereitschaft, -strategie und ihr Selbstverständnis – spielt eine zentrale Rolle um rechtsextremen und rassistischen Einstellungs- und Verhaltensmustern wirkungsvoll entgegenzutreten.

Das kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit dient der

- Erfassung von Vorkommnissen; Information über Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München,
- Beratung von Betroffenen rechtsextremer und rassistischer Gewalt und Diskriminierung
- pädagogischen Vermittlung von Themen,
- (mobilen) Beratung, Hilfestellung und Empowerment für Bürgerinnen und Bürger, Verwaltung und Einrichtungen/Initiativen/Vereine,
- Kampagnenarbeit

Eine wesentliche Stütze des Netzwerkes sind neben Fachstellen aus der Verwaltung vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine und Bündnisse. Sie alle eint das Ziel, für Demokratie, Toleranz, Respekt und gegen Ausgrenzung und Hass einzustehen.

Für viele andere Organisationen und Vereine beispielhaft hat die Israelitische Kultusgemeinde in ihrem Statement zur Expertenanhörung im Stadtrat am 17.02.2016 formuliert, dass sie eine Stärkung und einen Ausbau bestehender Strukturen und Maßnahmen gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für notwendig erachtet:

*„Rechtsextreme Mobilisierung und Militarisierung findet auch im Großraum München statt und in der Mitte der Gesellschaft Resonanz. Insbesondere Pegida wirkt als Scharnier zwischen dem rechten Rand und der bürgerlichen Mitte. In der Folge erhöht sich die Zahl einschlägiger Vorkommnisse. Neben polizeilichen und sicherheitspolitischen repressiven Maßnahmen muss noch mehr Präventionsarbeit geleistet werden. Gegen die Radikalisierung in der Mitte helfen nur ein entschlossener Schulterschluss aller demokratischen Kräfte und eine parteiübergreifende Antwort auf die schleichende Verunsicherung und Besorgnis in der Bevölkerung. Stadt, Land und Bund müssen Gesicht sowie Handlungsfähigkeit und Rechtssicherheit demonstrieren und gewährleisten. Die Hetze der Neonazis und Fremdenfeinde im Internet oder sogar auf den Schulhöfen, wie etwa vor dem Willi-Graf- und dem Sophie-Scholl-Gymnasium müssen zu deutlichem Widerspruch und sofortigen Gegenmaßnahmen und -strategien führen. Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke und die städtischen und staatlichen Institutionen müssen noch enger zusammenarbeiten und noch besser vernetzt werden. Dabei darf man sich Geschwindigkeit und Richtung nicht von der rechtsextremen Agenda diktieren lassen. Reagieren reicht nicht. Die rechtsradikale Renaissance erfordert eine systematische, proaktive, offensive Strategie. Sinnvoll wäre ein Runder Tisch aller Institutionen und Organisationen, die sich im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren.“*

## **2.1 Zusätzlicher Arbeitsaufwand und Personalbedarf bei der FgR**

Bei der Fachstelle arbeiten derzeit eine Leitung in Vollzeit, ein Jurist in Teilzeit (20h) und eine Teamassistentin in Vollzeit. Eine weitere Stelle kann zum 1.11.2016 nachbesetzt werden. Diese Stelle wird die bislang von der Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund geleistete Arbeit übernehmen. Hierzu zählt insbesondere die Betreuung der städtischen Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen

Rassismus sowie die Organisation der Aktivitäten zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus. Die vorhandenen Arbeitskapazitäten reichen nicht mehr aus, um das – aufgrund der erheblichen Zunahme und räumlich über das gesamte Stadtgebiet verteilten Aktivitäten der extremen Rechten - anfallende Arbeitspensum zu bewältigen. Gerade die intensive Arbeit mit ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürgern bedeutet eine Fülle von Abendterminen. Bereits jetzt absolviert die FgR im Schnitt bis zu 2 Abendtermine pro Woche. Daher bedarf es konkret der folgenden Stellenzuschaltung.

### **2.1.1 Schaffung einer Vollzeitstelle bei der FgR für die Stadtteilarbeit sowie weitere Koordinierungsaufgaben im Bereich der Prävention religiöser Radikalisierung**

Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind auf der Stadtteilebene angekommen (siehe oben).

***Dies bedeutet einen erheblichen Mehraufwand für die FgR, da jeder Sachverhalt in den Bezirken in der Regel durch die FgR konstruktiv begleitet und beraten wird.***

Dabei kann es sich u.a. handeln um:

- Demonstrationsgeschehen,
- Flyerverteilung vor Schulen im Stadtteil,
- Rechtsextreme oder antisemitische Schmierereien,
- Sachbeschädigung bis hin zu Brandanschlägen (Pasinger Moschee, geplante Unterkunft an der Neuherbergstraße),
- Anmietungen und extrem rechte Veranstaltungen,
- Unterschriftensammlungen und online-Aktivitäten gegen Geflüchtete,
- Onlinepranger gegen Menschen aus dem Stadtteil,
- Begleitung der Vorbereitung für Informationsveranstaltungen oder anderen Veranstaltungen zum Thema.

Konkret beinhalten die Tätigkeiten der FgR u.a.:

- Analyse eines Sachverhalts (häufig auf der Grundlage der von firm gelieferten Informationen) und gemeinsame Einschätzung
- Abwägung von Handlungsoptionen (unmittelbare Öffentlichkeitsarbeit vs. weitere Bearbeitung des Sachverhalts nur im Sozialraum ohne Involvierung der Öffentlichkeit)
- Entwicklung von Gegenmaßnahmen unter aktiver Begleitung der FgR oder mit Unterstützung der FgR (Schreiben an die Bürgerinnen und Bürger, Erstellung eines Flugblatts, Verteilung von Informationsmaterialien, Organisation einer Veranstaltung...)
- Koordination des Netzwerks. Die FgR achtet in den Bearbeitungsprozessen darauf, dass verschiedene Expertisen und Rollen zum Tragen kommen, dass es keine Konkurrenzen bei der Bearbeitung gibt, sondern optimale Zusammenarbeit der verschiedensten Akteure und dass die Akteure vor Ort gestärkt werden (Empowerment)
- Nachbereitung und Sicherstellen des Transfers von best-practice von einem Stadtteil in die anderen (über zahlreiche bilaterale Gespräche und bei den regelmäßigen Treffen, s. u.)
- Regelmäßiger Austausch der BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus. Die FgR lädt die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus mindestens viermal im Jahr zu einem intensiven Austausch ins Rathaus ein. Dort wird eine gemeinsame Einschätzung der aktuellen Situation erarbeitet. Häufig werden auch Expertinnen bzw. Experten eingeladen, die erläutern, wie bestimmte Herausforderungen optimal bearbeitet werden können.

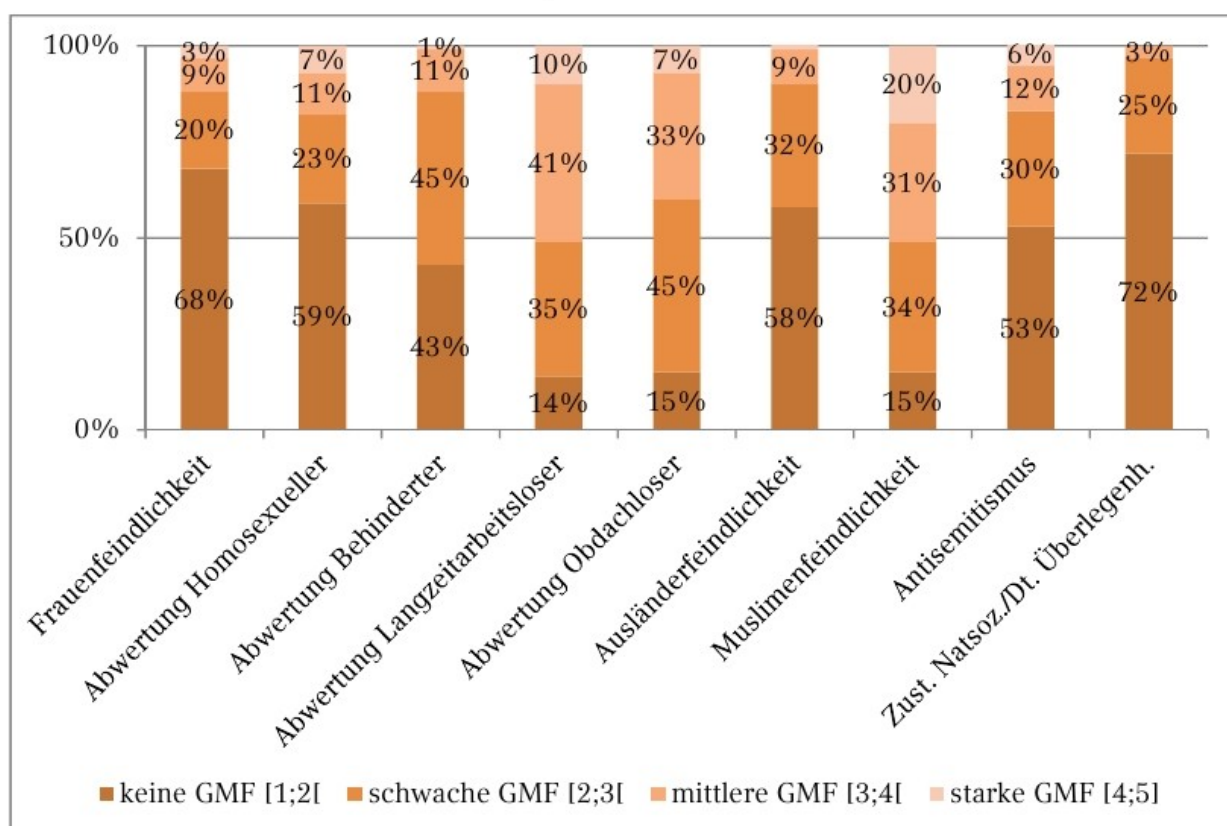
**Empowerment für bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist der zentrale Pfeiler der kommunalen Strategie. Nur mit Hilfe dieser Bürgerinnen und Bürger wird es gelingen, dass Rechtsextremismus und Rassismus auf die Dauer keinen Fuß fassen in unserem Gemeinwesen. Daher bedarf es eines Ausbaus der Unterstützungsstruktur bei der FgR mit Blick auf die Stadtteilebene.**

Neben den immer zahlreicher werdenden ad-hoc-Anfragen aus den Bezirksausschüssen, stellen langfristig menschen- und demokratiefeindliche Tendenzen in der Stadtgesellschaft eine erhebliche Herausforderung dar. Diese Tendenzen manifestieren sich z. T. auch auf Stadtteilebene, bspw. im Bereich der Wahlbeteiligung. Die folgenden beiden Unterpunkte geben einen ersten Einblick in das Ausmaß des Problems:

a) Menschenverachtende Tendenzen: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München

Auch in München wird bestimmten Bevölkerungsgruppen mit Argwohn, Vorurteilen und Ablehnung begegnet, wie eine repräsentative Studie der Ludwig-Maximilians-Universität aus dem Jahr 2013 zeigt. Insbesondere Menschen muslimischen Glaubens, Obdach- und Langzeitarbeitslose sind in München offensichtlich Ziel von Abwertung und Ausgrenzung. Eine weitere, aktuellere und breitere GMF-Studie wird im Herbst 2016 veröffentlicht und der Öffentlichkeit vorgestellt.

**Tabelle: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München**



b) Demokratieverdrossenheit: Dramatisch sinkende Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen

Tabelle: Beteiligung an der Kommunalwahl 2008 / 2014 nach Stadtteilen (Verknüpfung mit Sozialindikatoren)

Bezirk	Wahlbeteiligung 2008 Durchschnitt MUC 47,6% (niedrig und da- her fett markiert >40%)	Wahlbeteiligung 2014 Durchschnitt MUC 42% (niedrig und da- her fett markiert <40%)	Durch- schnittliche Kaufkraft in Euro Mü. = 100 (Stand: 2014)	Anteil Leistungs- empfänger insges. an Stadt- teileinwohnern (Stand: 12/2015)	Arbeitslose in % (Stand: 03/2016)	SGB II – Leistungs- empfänger U 15 (Stand: 12/2014) (Anteil der SGB II _Empfänger U 15 an der Hauptplatz- bevölkerung U 15)
01 Altstadt – Lehel	48,1 %	43,5 %	122,68	1,9%	2,3	58 (2,9)
02 Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt	45,6 %	40,8 %	106,75	4,1%	3,2	380 (7,3)
03 Maxvorstadt	43,5 %	40,0%	108,03	2,8%	2,7	243 (5,9)
04 Schwabing – West	47,5 %	44,5%	105,26	3,1%	2,7	375 (5,3)
05 Au – Haidhausen	47,5 %	44,3%	100,78	3,8%	3,3	475 (6,6)
06 Sendling	48,4 %	42,7%	94,45	6,4%	4,2	610 (13,7)
07 Sendling – Westpark	47,7 %	41,4%	98,33	7,3%	4,3	1020 (15,5)
08 Schwanthalerhöhe	<b>43,6 %</b>	<b>38,0%</b>	<b>92,80</b>	<b>6,1%</b>	<b>4,1</b>	<b>450 (12,3)</b>
09 Neuhausen – Nymphenburg	49,3 %	44,8%	99,13	4,4%	3,0	1015 (8,8)
10 Moosach	<b>46,3 %</b>	<b>39,9%</b>	<b>89,40</b>	<b>8,0%</b>	<b>4,7</b>	<b>891 (13,6)</b>
11 Milbertshofen - Am Hart	<b>38,9 %</b>	<b>31,7%</b>	<b>86,60</b>	<b>9,4%</b>	<b>5,0</b>	<b>1822 (19,6)</b>
12 Schwabing – Freimann	44,6 %	40,4%	103,27	5,3%	3,2	972 (12,1)
13 Bogenhausen	50,4 %	45,3%	111,99	3,6%	2,8	632 (6,0)
14 Berg am Laim	<b>43,7 %</b>	<b>37,3%</b>	<b>89,8</b>	<b>8,8%</b>	<b>4,8</b>	<b>949 (16,9)</b>
15 Trudering – Riem	51,5 %	44,6%	104,39	6,3%	3,3	1364 (11,4)
16 Ramersdorf – Perlach	<b>45,7 %</b>	<b>38,6%</b>	<b>91,17</b>	<b>9,7%</b>	<b>4,7</b>	<b>2755 (18,4)</b>
17 Obergiesing – Fasangarten	<b>42,8 %</b>	<b>37,6%</b>	<b>91,63</b>	<b>6,5%</b>	<b>3,9</b>	<b>803 (13,2)</b>
18 Untergiesing – Harlaching	49,0 %	44,2%	106,37	5,0%	3,9	505 (8,4)
19 Thalkirchen - Obersendling - Forstenried	51,0 %	44,0%	105,41	5,0%	3,3	1014 (9,1)
20 Hadern	51,2 %	44,2%	95,93	6,3%	3,4	777 (12,3)
21 Pasing – Obermenzing	53,7 %	48,9%	111,16	5,4%	3,6	891 (8,8)
22 Aubing - Lochhausen - Langwied	51,3 %	43,6%	99,13	7,0%	3,9	827 (13,6)
23 Allach – Untermenzing	56,4 %	50,5%	109,29	5,3%	3,3	447 (9,8)
24 Feldmoching – Hasenberg	<b>45,0 %</b>	<b>36,1%</b>	<b>87,30</b>	<b>9,0%</b>	<b>4,8</b>	<b>1347 (15,5)</b>
25 Laim	47,3 %	41,8%	98,89	6,1%	3,9	701 (12,4)

Im Bundesdurchschnitt beteiligen sich an Kommunalwahlen ca. 45 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger. München lag mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 42 % bei der Kommunalwahl 2014 deutlich darunter. Besonders ausgeprägt ist die Demokratieverdrossenheit - wie sie in den Nichtwähleranteilen zum Ausdruck kommt - offensichtlich in den Stadtteilen 08, 10, 11, 14, 16, 17, 24. Hier ist die Teilnahme an der Kommunalwahl auf beunruhigende < 40 % gesunken. Diese Form der Demokratieverdrossenheit scheint häufig insbesondere dort vorhanden, wo auch die Sozialindikatoren auf Probleme sozio-ökonomischer Natur hinweisen.

Auch das Evangelisch-Lutherische Dekanat hatte in seiner Stellungnahme zur Expertenanhörung vom 17.02.2016 „zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ im Stadtrat der Landeshauptstadt München auf diesen Zusammenhang hingewiesen: *„Die große Zahl der Geflüchteten, die in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, weckt Ängste unter der Bevölkerung – Angst vor zunehmender Kriminalität, vor vermeintlicher Islamisierung und Terroranschlägen. Diese Ängste haben auch eine soziale Dimension. Diejenigen, die bereits am Rande der Gesellschaft leben, befürchten, dass für sie nichts mehr bleibt. Diese Ängste werden mit Schlagworten wie Überfremdung und Islamisierung durch Rechtsextreme aktiv geschürt, die mehr und mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken, weil sie scheinbar Antworten oder Lösungen bieten.“*

Gegen soziale Ausgrenzung ist mit gezielten sozialpolitischen Maßnahmen gegenzusteuern. Im gesamten Stadtgebiet zeigt sich aber ein bedenklicher Trend hin zu Politik- und Demokratieverdrossenheit, der einhergeht mit einer abnehmenden Identifikation mit der Kommune München als heterogenem und vielfältigem Gemeinwesen. Die abnehmende Wahlbeteiligung ist ein Indikator für den Zerfall eines gemeinsamen Wertekanons innerhalb einer Stadtgesellschaft. Es handelt sich hierbei um einen Trend, der unsere Stadtgesellschaft ins Mark trifft, daher sind Gegenmaßnahmen dringend erforderlich. Eine erfolgreiche Gegenstrategie sollte über rein sozialpolitische Maßnahmen hinausgehen. Es geht auch darum, Frustrationen abzubauen und Wertschätzung für Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln. Nur so können diese motiviert werden, sich wieder in das demokratische Gemeinwesen einzubringen.

### ***Präventive Maßnahmen gegen Menschen- und Demokratiefindlichkeit erforderlich***

Bislang nicht ausreichend ausgeprägt in der Stadtteilarbeit ist nach Ansicht vieler BA-Beauftragter gegen Rechtsextremismus und von Experten die präventive Arbeit in den Stadtteilen. Diese präventive Arbeit sollte sich insbesondere gegen menschen- und demokratiefindliche Tendenzen in der Stadtgesellschaft und auf Stadtteilebene richten. Die präventive Arbeit der zusätzlichen Stelle bei der FgR soll daher vor allem folgende Tätigkeiten umfassen:

- Analyse der Gründe für Menschenfeindlichkeit und die aktuelle Demokratieverdrossenheit im Gemeinwesen wie sie in der abnehmenden Wahlbeteiligung zum Ausdruck kommt. Diese Analyse ist auf die maßgeblich betroffenen Stadtteile zu beschränken. Durchgeführt wird sie unter Einbindung des Statistischen Amtes und durch eine renommierte und unabhängige wissenschaftliche Einrichtung. Neben der Analyse sind von der Wissenschaft auch Maßnahme-Empfehlungen zu erarbeiten. Auf Grundlage dieser Analyse erfolgt die weitere Arbeit.

- Vernetzungs-, Sensibilisierungs- und Mobilisierungsarbeit vor Ort u.a. in den besonders betroffenen Stadtteilen über die Schaffung von lokalen Vernetzungsstrukturen – in Kooperation mit bereits vorhandenen Strukturen und Netzwerken vor Ort –, die zur Kommunalwahl 2020 eine Mobilisierung der Wählerschaft in den Stadtteilen durchführen können, in denen eine besonders niedrige Wahlbeteiligung vorhanden ist.



- Erstellung von *Informationsmaterial* für den lokalen Stadtraum zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort
- Eine *nachhaltige Kampagnenarbeit* auf der Stadtteilebene und darüber hinaus wird in München dauerhaft nötig sein, denn es gibt Hinweise auf menschenverachtende Tendenzen und Demokratieverdrossenheit in unserem Gemeinwesen, die die Gefahr bergen, dass Intoleranz und Hass auch hier an Boden gewinnen können.

Kampagnen sind ein wichtiges Element, um eine Stadtgesellschaft zusammenzuhalten, zu stabilisieren und ein positives, gemeinsames Wir-Gefühl zu schaffen. Zudem handelt es sich um eine Methode, um über pädagogische Aktivitäten hinaus Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu entlarven. Daher bedarf es – wie u.a. von der SPD in ihrem Antrag „Fakten statt Vorurteile!“ gefordert – einer Intensivierung der Kampagnenarbeit im Hinblick auf menschen- und demokratiefeindliche Tendenzen. Kampagnen sind dann besonders effektiv, wenn sie Maßnahmen im öffentlichen Raum – beispielsweise Plakatkampagnen – kombinieren mit weiteren dezentralen und vertiefenden Aktivitäten. Dabei kann es sich beispielsweise um Ausstellungen, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Workshops, Fachtage, Performance, Präsentationen oder Theaterinszenierungen handeln. Angedacht werden könnten u. a.:

- die Initiierung von Kampagnen, die entweder Vorurteile über bestimmte Gruppen in unserem Gemeinwesen entkräften oder für die Landeshauptstadt München als vielfältiges, buntes und demokratisches Gemeinwesen werben. Eventuell sind auch stadtteilspezifische Kampagnen erforderlich.
- die Initiierung einer breiten Demokratiekampagne an der verschiedene Initiativen, Vereine und Gruppierungen sowie ungebundene Personen teilnehmen und die u. a. mittels Haustürkontakten für die Teilhabe am demokratischen Prozess werben.

### ***Koordination im Bereich der Prävention religiöser Radikalisierung im lokalen Kontext***

Auch in München treten Fälle im Bereich religiöser Radikalisierung auf. Der Bereich der Radikalisierung von Jugendlichen stellt eine Herausforderung dar. Seit Anfang 2014 arbeiten daher einzelne Stellen des kommunalen Netzwerks zu diesem Thema. Insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik organisiert zusammen mit bundesweiten Expertennetzwerken Fortbildungen zu Salafismus und zur Radikalisierung von Jugendlichen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Stadtgebiet. Das Stadtjugendamt (Stelle politische Jugendbildung mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus) bietet sowohl fachlich-pädagogische Beratung, Information und Fortbildung für Kolleginnen und Kollegen, Schulen und soziale Einrichtungen im Stadtgebiet an, als auch ein Erstclearing, wenn es um Fragen und Einschätzungen von Radikalisierung bei Jugendlichen geht.

Die Demokratietrainer „Pastinaken“ bieten Workshops zielgerichtet zu den spezifischen Bedarfslagen in Schulen, Jugendzentren, Einrichtungen und Teams an. Sollte sich der Informationsbedarf im Stadtgebiet weiter so stark entwickeln, bedarf es künftig möglicherweise einer weiteren, finanziellen Unterstützung der LHM für die o.g. Einrichtungen.

Da auch auf Landesebene Maßnahmen zur Deradikalisierung ergriffen wurden, sind derzeit zwei weitere Einrichtungen im Feld unterwegs, die aus Landesmitteln bezahlt werden: Das Violence-Prevention-Network (VPN) im Bereich der Einzelfallberatung und ufuq (Fortbildung für Pädagogik zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus). Um eine möglichst gute Absprache, Koordination und Kooperation dieser verschiedenen Akteure vor Ort in der Kommune zu erreichen, übernimmt die FgR diese Aufgabe. Daher



werden künftig die im lokalen Raum in München vor Ort aktiven Einrichtungen von der FgR zu regelmäßigen Vernetzungstreffen eingeladen.

### 2.1.2 Aufstockung der juristischen Stelle bei der FgR auf eine ganze Stelle

Aufgrund der zunehmenden Bekanntheit der FgR und den zunehmenden Aktivitäten der extremen Rechten wenden sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger an die Fachstelle, mit der Bitte um Beratung. Dies hat oftmals zumindest zum Teil auch einen juristischen Hintergrund (z.B. bei Fragen zu Internet-Postings, rechtsextremen Flyern im Briefkasten oder bei Schmierereien vor Ort, Sinnhaftigkeit einer Strafanzeige etc). Hier bietet die FgR eine juristische Orientierung für die Bürgerinnen und Bürger, um bürger- und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu unterstützen.

Die erfreulicherweise sehr gute Zusammenarbeit mit den BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus hat den juristischen Aufwand ebenfalls erhöht, nicht nur weil die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus selbst Drohungen ausgesetzt sind (für den sie auch Rechtsschutz durch die LHM erhalten), sondern auch weil ein ständiger Informationsaustausch über Geschehnisse in den Stadtteilen stattfindet, die nicht selten auch juristische Fragestellungen beinhalten (z.B. Verteilung von Flyern im Stadtteil, zum Schutz von Veranstaltungen vor Ort gegen rechtsextreme Störungen).

Aber nicht nur in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist der Aufwand gestiegen, auch verwaltungsintern ist die Fachstelle erfreulicher Weise immer öfter Ansprechpartnerin der Referate, Eigenbetriebe oder Gesellschaften bei Fragen zum Thema Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus. Dies beinhaltet beispielsweise Themen rund um Mietvertragsklauseln, das Vorgehen gegen Hassmails oder Hassflyer, Tipps zur Durchführung von Veranstaltungen und zur Minimierung von Störversuchen.

Stark gewachsen ist auch der Bereich Hass im Internet. Hier recherchiert im Wesentlichen die firm (siehe dazu weiter unten), aber auch die FgR recherchiert vereinzelt selbst nach möglichen Verstößen, erhält aber auch viele Hinweise. Diese bedingen oft eine intensive - auch juristische - Prüfung und eine verstärkte Auseinandersetzung mit Providern wie Facebook oder mit der Staatsanwaltschaft, wenn es um die Einleitung von Strafverfahren wegen Äußerungen im Internet geht. Bedrohende Postings und Artikel gegen Personen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, die Veröffentlichung persönlicher Daten von Bürgerinnen und Bürgern, BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus und auch der Fachstellen-Leitung sind keine Seltenheit mehr. Dies hat auch der Evangelisch-Lutherische Dekanatsbezirk München in seiner Stellungnahme zur Expertenanhörung vom 17. Februar 2016 festgehalten: *„Aktives Eintreten für Geflüchtete und für einen gleichberechtigten Umgang aller Religionen führt zu Anfeindungen in den sozialen Netzwerken, aber auch im direkten Kontakt.“* Das Bedrohungsszenario für Aktive hat sich deutlich erhöht und damit auch die Aufgabe der Fachstelle, diese Personen so weit wie möglich (auch mit juristischer Expertise) zu unterstützen.

Der Stadtrat hat die Einrichtung eines Kampagnen-, Aktions- und Netzwerkfonds bei der FgR zur Bezuschussung verwaltungsinterner, aber auch externer Projekte, Kampagnen und zivilgesellschaftlicher Stellen beschlossen. Nach Einrichtung des Fonds hat sich gezeigt, dass sich in diesen Bereich der Bezuschussung neue Fragestellungen für die juristische Stelle der FgR ergeben (z. B. zur Vertragsgestaltung, Abwicklung).

Die FgR erreichen gerade seit dem erhöhten Aufkommen entsprechender Versammlungen

eine Vielzahl von Fragen aus der Zivilgesellschaft (z. B. zu konkreten Vorfällen und deren juristischer Bewertung, zu Auflagen und möglichen Verstößen). Um KVR und/oder PP München nicht unnötig zu belasten, werden diese Hinweise zuerst auf mögliche Verstöße recherchiert und erst dann die Abstimmung mit dem PP München und/oder dem VVB gesucht.

Aus all diesen Gründen wird eine Aufstockung der juristischen Mitarbeiterstelle um 0,5 VZÄ beantragt.

## **2.2 Zuschusserhöhung für die firm**

Seit dem 01.01.09 gibt es die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm). Diese zivilgesellschaftliche Stelle ist organisatorisch angesiedelt beim Feuerwerk e.V.. Die firm ist Anlaufstelle und Informationsdrehscheibe zu Fragen über extrem rechte Aktivitäten, Organisationen, Strukturen und Thematiken in der Landeshauptstadt München. Die firm beobachtet und analysiert aktuelle Entwicklungen in der regionalen extrem rechten Szene auf der Straße, in den Stadtteilen, im Internet und in den Sozialen Netzwerken. Sie informiert und unterstützt Einrichtungen, Initiativen und Projekte in München, um extrem rechten Aktivitäten Raum und Ausbreitungsmöglichkeiten zu nehmen.

Mit den aktuell verfügbaren personellen Ressourcen werden derzeit folgende Bereiche abgedeckt:

- Recherche- und Dokumentationsarbeit
- Gemeinwesenarbeit, d.h. Information, Sensibilisierung und Aktivierung in den Stadtteilen vor Ort
- Netzwerk- und Gremienarbeit
- Betreuung und Bewerbung der büroeigenen Informationsangebote (Fachbibliothek und weiteres Material zur Eigenrecherche)
- Beratungsarbeit per Mail und/oder Telefon
- Veranstaltungen und Erstellung von Informationsschriften sowie Berichtswesen
- Internetauftritt

Aufgrund der oben skizzierten, massiven Zunahme der Aktivitäten der extremen Rechten gibt es einen erhöhten Personalbedarf bei der firm, die auf Recherche, Information und Beobachtung spezialisiert ist. Neben den organisierten extrem rechten Aktivitäten stellen zusätzlich auch nichtorganisierte, aber nicht minder ressentimentgeladene Bürgerinnen und Bürger, die mit Aktivitäten und Aktionen auf sich aufmerksam machen, eine zunehmende Herausforderung dar.

firm ist inzwischen mit einem beträchtlich gestiegenen zeitlichen Aufwand im Internet und in den sozialen Netzwerken unterwegs, um aktuelle Entwicklungen zeitnah mitzubekommen und entsprechend darüber zu informieren. Mögliche strafbare Inhalte mit München Bezug werden dabei an die FgR zur weiteren Prüfung übermittelt (siehe dazu auch unter 2.1.2).

Des Weiteren haben sich die städtischen Strukturen inzwischen so verändert, dass auch von dieser Seite erhöhte Anforderungen kommen. Dies betrifft sowohl die Nachfrage von Informationen für die FgR und damit verbunden die städtischen Referate, als auch über die BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus die Informationsarbeit für die Stadtteile der LHM.

Mit der Zuschusserhöhung um 40.000 Euro kann die firm die bislang geleistete Arbeit quantitativ und qualitativ angemessen ausbauen und zusätzlich in die Recherche- und Informationsarbeit zu ultranationalistischen sowie religiösen-fundamentalistischen

Radikalisierungsprozessen einsteigen.

Darüber hinaus ist es u.a. Ziel, mit Partnern des Kommunalen Netzwerkes eine für die Öffentlichkeit zugängliche Informationsmöglichkeit zu schaffen, so dass Informationen zu rechtsextremen, rassistischen und sonstigen menschenfeindlichen Strukturen, Aktivitäten, Ereignissen und Vorfällen im Münchner Stadtgebiet aktuell, schnell und benutzergerecht abgerufen werden können

### **2.3 Stadtrats- und Bezirksausschussanträge**

Verstärkung der Fachstelle für Demokratie

Dem Antrag Nr. 14-20 / A 02245 von Herrn StR Christian Vorländer, Frau StRin Verena Dietl, Frau StRin Bettina Messinger, Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Marian Offman, Herrn StR Michael Kuffer vom 28.06.2016 wird entsprochen.

Rechtsextreme Aktivitäten im Blick behalten

Der Antrag Nr. 14-20 / A 01718 von der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 19.01.2016 ist damit satzungsgemäß erledigt.

Mehr Personal für die Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

BA-Antrag 14-20 / B 02498 des Bezirksausschusses 03 - Maxvorstadt vom 14.06.2016

BA-Antrag 14-20 / B 02169 des Bezirksausschusses 04 - Schwabing-West vom 16.03.2016

BA-Antrag 14-20 / B 02491 des Bezirksausschusses 09 - Neuhausen-Nymphenburg vom 17.05.2016

BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02154 des Bezirksausschusses 12 - Schwabing-Freimann vom 15.03.2016

Den Anträgen der Bezirksausschüsse wird somit zu großen Teilen zugestimmt. Sie sind damit satzungsgemäß erledigt.

Personelle Aufstockung der Fachstelle für Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

BA-Antrag 14-20 / B 02492 des Bezirksausschusses 11 - Milbertshofen-Am Hart vom 08.06.2016

Bessere personelle und finanzielle Ausstattung für die Fachstelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02437 des Bezirksausschusses 15 - Trudering-Riem vom 19.05.2016

Beiden Anträgen wird vollumfänglich entsprochen. Sie sind somit satzungsgemäß erledigt.

### 3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

#### Bei FgR

Funktion	VZÄ	Einwertung	Jahresmittelbetrag (bis zu)
Jurist	0,5	A14	35.125,00 €
SB Bezirksarbeit und Kampagnen	1	E13	87.920,00 €
			<b>123.045,00 €</b>

Für den zusätzlich eingerichteten Arbeitsplatz fällt ein jährlich konsumtiver Bedarf für Sachkosten in Höhe von 800 € und für die Ersteinrichtung des Arbeitsplatzes einmalige Kosten in Höhe von 2.370 € an.

Der derzeit bei der FgR zur Verfügung stehende Raum ermöglicht die Einrichtung eines weiteren Arbeitsplatzes.

#### 3.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>	163.045,-- / a ab 2016	2.370,- €	
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	123.045,-- / a		
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	800,-- / a	2.370,- €	
Transferauszahlungen	40.000,-- / a		
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	1,5		

\* Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

\*\* ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

Ab 2015 gelten für die Verrechnung der Leistungen mit it@M die vom Direktorium und der Stadtkämmerei genehmigten Preise. Die zur Zahlung an it@M erforderlichen Mittel für die Services „Arbeitsplatzdienste“ und „Telekommunikation“ werden im Rahmen der Aufstellung des Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanes in die Budgets der Referate eingestellt. Eine gesonderte Beschlussfassung über die Mittelbereitstellung ist daher nicht mehr erforderlich.

#### 3.2 Nutzen

Der Nutzen der beschriebenen Maßnahmen ergibt sich aus den vorgenannten Ausführungen. Er kann nicht durch genauere Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden. Angesichts des massiv gestiegenen Arbeitsaufwandes bedarf es eines Ausbaus des kommunalen Netzwerkes gegen Rechtsextremismus und Rassismus im oben erläuterten Umfang. Nur mit dem skizzierten Ausbau des Netzwerkes ist es möglich, mit den Entwicklungen im Bereich rechtsextremer und rechtspopulistischer Bestrebungen im Stadtgebiet Schritt zu halten und

dazu beizutragen, dass das Netzwerk weiterhin arbeitsfähig bleibt. Auch die dringend notwendige Präventionsarbeit kann nur geleistet werden, wenn ein Stellenausbau erfolgt.

Mit der Gewährung der Mittel zur Finanzierung der betreffenden Stellen kann sichergestellt werden, dass Informationen zu rechtsextremen und rechtspopulistischen Bestrebungen weiterhin gebündelt vorhanden sind, der Informationsfluss zwischen der Verwaltung und den zivilgesellschaftlichen Stellen verbessert wird und die Situation auf Ebene der Bezirke weiter verbessert wird, weil durch die Schaffung einer Vollzeitstelle auf Stadtteilebene erstmals den BA-Beauftragten gegen Rechtsextremismus ein direkter Ansprechpartner für die Arbeit vor Ort zur Verfügung steht.

### **3.3 Finanzierung**

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Über die Finanzierung muss sofort entschieden werden, da es nur mit der veranschlagten Stellenaufstockung bei der FgR und der Budgeterhöhung von firm möglich ist, auf die gestiegenen Herausforderungen unmittelbar reagieren zu können und diesen gerecht zu werden. Die zeitliche Dringlichkeit ergibt sich, da eine gute und ausreichende Recherchearbeit und die Betreuung der Stadtteilarbeit zu dem im Kommunalen Netzwerk behandelten Themen nur möglich ist, wenn ein zeitnahe Ausbau der Netzwerkstruktur erfolgt. Auf die Ausführungen zu Punkt 1 dieser Beschlussvorlage wird verwiesen. Weitere Maßnahmen gegen die extreme Rechte und für ein gutes und demokratisches Zusammenleben sind demnach dringend geboten und können nicht zeitlich aufgeschoben werden. Es handelt sich hier um eine nachweisbare Entwicklung im Sinne des Beschlusses „Haushaltsbeschluss ernst nehmen - Umsetzung II: Verfahren bei sonstigen Haushaltsausweitungen (ohne Personal)“.

Eine Bereitstellung der zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel ist sofort erforderlich. Die für das laufende Haushaltsjahr benötigten Auszahlungsmittel werden als überplanmäßige Mittelbereitstellung auf dem Büroweg durch die Stadtkämmerei bereitgestellt.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsreferat und der Stadtkämmerei abgestimmt.

Das Personal- und Organisationsreferat bat um folgende Ergänzung im Vortrag:  
„Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilungen 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.“

Die Stellungnahmen liegen als Anlage 9 und 10 bei.

Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle, da der Stadtrat mit dieser Angelegenheit nicht mehr befasst wird.

## II. Antrag des Referenten

1. Den Ausführungen zur Unabweisbarkeit im Vortrag wird zugestimmt.  
Das Direktorium wird beauftragt, die Einrichtung von zwei Stellen in Höhe von insgesamt 1,5 VZÄ sowie die Stellenbesetzung im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanaufstellung 2016 beim Personal- und Organisationsreferat (Personal) zu veranlassen.  
Das Direktorium wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Personalmittel für 2016 im Benehmen mit der Stadtkämmerei durch Büroverfügung bereit zu stellen sowie im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 anzumelden.  
  
Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamtinnen und Beamten zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 38.478 Euro (40 % des JMB).  
  
Das Budget für die FgR erhöht sich um 204.693,- €, davon sind 166.215,- € zahlungswirksam.
2. Das Direktorium wird beauftragt, den Zuschuss über 40.000 Euro für die firm sowie die Arbeitsplatzkosten bei der FgR über 800 Euro sowie die einmaligen Arbeitsplatzkosten von 2.379 Euro für 2016 im Benehmen mit der Stadtkämmerei durch Büroverfügung bereit zu stellen sowie im Rahmen der Haushaltsplanung 2017 bei der Kostenstelle anzumelden.  
Die inhaltlich-fachliche Steuerung der externen Zuschüsse liegt bei der FgR.  
Der Zuschussnehmer ist in das Kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit eingebunden.
3. „Die Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ erhält eine erweiterte Bezeichnung: „Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Menschenfeindlichkeit“ (kurz: Fachstelle für Demokratie, FgR).
4. Die Anträge  
Antrag Nr. 14-20 / A 02245 von Herrn StR Christian Vorländer, Frau StRin Verena Dietl, Frau StRin Bettina Messinger, Herrn StR Manuel Pretzl, Herrn StR Marian Offman, Herrn StR Michael Kuffer vom 28.06.2016  
Antrag Nr. 14-20 / A 01718 von der Stadtratsfraktion Die Grünen/RL vom 19.01.2016  
Antrag 14-20 / B 02498 des Bezirksausschusses 03 - Maxvorstadt vom 14.06.2016  
BA-Antrag 14-20 / B 02169 des Bezirksausschusses 04 - Schwabing-West vom 16.03.2016  
BA-Antrag 14-20 / B 02491 des Bezirksausschusses 09 - Neuhausen-Nymphenburg vom 17.05.2016  
BA-Antrag 14-20 / B 02492 des Bezirksausschusses 11 - Milbertshofen-Am Hart vom 08.06.2016  
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02154 des Bezirksausschusses 12 - Schwabing-Freimann vom 15.03.2016  
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02437 des Bezirksausschusses 15 - Trudering-Riem vom 19.05.2016  
sind damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.



**III. Beschluss**

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter  
Oberbürgermeister

**IV. Abdruck von I. mit III.  
über die Stadtratsprotokolle**

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt  
z. K.**

**V. Wv. - Oberbürgermeister - FgR**

1. Die Übereinstimmung mit den vorliegenden Abdruck wird hiermit bestätigt.
  
2. **an die Frauengleichstellungsstelle  
an das Referat für Bildung und Sport - PI/FB 4  
an die Stelle für Interkulturelle Arbeit  
an das Sozialreferat / Stadtjugendamt  
jeweils z. K.**